

Die Amnestie in Preußen

Beraterungen vor dem ständigen Ausschuss des Landtags

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

Der ständige Ausschuss des Preussischen Landtags, der während der Vertagung des Plenums die Befugnis hat, etwaige Notverordnungen, zu denen die Zustimmung der Regierung notwendig ist, zu erlassen, beschloss am Montag mit dem Amnestiegesetzentwurf der Preussischen Regierung. Auf einem besonderen Sitz hatte die Rote Hilfe durch die kommunistische Fraktion 600.000 gesammelte Unterschriften allein aus Preußen für eine Vollamnestie niederlegen lassen.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wurden zwei kommunistische Anträge angenommen. Einmal wurde der Stellvertreter des Ministerpräsidenten zu den Verhandlungen herbeigeholt und sodann wurde die Zurücklegung der Verhandlungen beschlossen. Der Berichterstatter Fall von der demokratischen Partei gab referierend den schon bekannten Inhalt des Gesetzesentwurfes der Preussischen Regierung wieder, der sich an die Reichsamnestie anschließt. Alle Strafen über zwei Jahre bleiben von der Amnestie ausgeschlossen. Sie werden lediglich bei Gefängnis und Festung in Anrechnung gebracht. Böllig ausgeschlossenen bleiben Zuchthaus- sowie Verurteilungen wegen Züchtigung, wegen Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, wegen Verletzung von Transporten und solcher Strafen, die nicht aus politischen, sondern aus Rohheit oder Eigennutz begangen sind. Ebenfalls fällt Hochverrat in Rückfall nicht unter den Begriff der Amnestie.

Der preussische Justizminister Am Jahnhoff erklärte im Namen des Staatsministeriums, daß über den Rahmen des vorliegenden Gesetzesentwurfes aus verfassungsrechtlichen Bedenken nicht hinausgegangen werden könne. Jegliche Erweiterung der Amnestie müsse ausgeschlossen bleiben. Das gelte sowohl hinsichtlich der Strafmaterie wie des Strafmaßes. Der Ausschuss müsse schon dem Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung seine Zustimmung geben. Ohne Einverständnis des Staatsministeriums sei es sonst nicht möglich, daß der ständige Ausschuss eine Notverordnung zur Amnestie erlassen könne.

Der Sozialdemokrat Hellmann hielt den Standpunkt, wonach sich Preußen strikte an den Rahmen der Reichsamnestie halten müsse, für falsch. Er rief sich besonders der Inflationsschönheiten an und verlangte deren Einbeziehung in die Amnestie.

Der kommunistische Abgeordnete Seitz wird beantragt, daß zunächst einmal Klarheit darüber geschaffen werde, ob der Ausschuss sich mit den vom Staatsministerium gezogenen engen Grenzen abfinden wolle oder nicht. Hierüber entspannt sich eine längere Debatte, in der u. a. Genosse Pösch erklärt, daß die kommunistische Partei mit einer Erledigung dieses Gesetzesentwurfes nur dann einverstanden sein könne, wenn sofort beim Zusammentritt des Landtages ein Gesetzesentwurf vorgelegt werde, der über den Rahmen des jetzigen Gesetzes bei weitem hinausgehe und dem Amnestieentwurf breiteren Volkswaffen Wirkung Rechnung trage.

Der Vertreter des Ministerpräsidenten, Staatskommissar Weichmann, wußte keine positive Antwort geben, sondern empfahl, einen Unterausschuss einzusetzen, der einige Verbesserungen an dem vorliegenden Gesetzesentwurf vornehmen könne. Bei der Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium würde es sich ja erweisen, inwieweit dieses zu den Modifikationen seine Zustimmung geben könne.

Sodann tritt der Ausschuss in eine Generaldebatte ein. Die Vertreter der Rechtsparteien verlangten den Ausschluß derjenigen Fälle von der Amnestie, die unter den Begriff des Landesverrats fallen und setzen sich vor allem für die Einbeziehung derjenigen Bestrafungen und Verurteilungen ein, die aus wirtschaftlichen Motiven verhängt worden sind.

Für die kommunistische Partei sprach Genosse Obach.

Die kommunistische Partei ist der Meinung, die die Einbeziehung des Landesverrats zur Schaffung der Amnestie verlangt hat. Das Ergebnis der bisherigen Aussprache ist folgendes: Der ständige Ausschuss wird durch die Erklärung des Justizministers sich einschließen lassen und sachlich nicht weiter gehen, wie die Grenzen des vorliegenden Gesetzes sind. Das bedeutet, daß der größte Teil der politischen Gefangenen in den Gefängnissen bleibt, während man den Rechtsfraktionen Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet macht und Leute amnestiert, die es am wenigsten verdient haben. Die Bewegung im Volk für die Gewährung einer Generalamnestie hat bisher eine Million Unterschriften gesammelt. Davon entfallen allein auf Preußen 600.000. Viele legen hier im Ausschuss ihr Stimmrecht ab. Nicht nur Kommunisten, sondern selbst Bürgerliche haben unterschrieben und erklärt, daß bei der Rechtsungleichheit, mit der die Faten der Reichlichen und Deutsch-

nationalen gemessen worden sind, während die revolutionären Arbeiter schwer bestraft wurden, eine Amnestie nur ein Akt der Gerechtigkeit sein könne. Auf die Frage der Kommunisten, ob dieser nichtfolgenden Notverordnung ein zweites reichliches Amnestiegesetz folgen werde, habe der preussische Justizminister bezeichnenderweise keine Erklärung abgegeben. Die Vorlage der preussischen Regierung ist noch enger gefasst als das Reichsamnestiegesetz, denn Hochverrat und Verträge gegen das Republikanengesetz unterstehen nur zum ganz kleinen Teil der Landesamnestie. Die Aufzählung solcher Strafbestimmungen in der preussischen Vorlage war ja ganz unbedeutend gegenüber dem Reichsamnestiegesetz. Das große Gebiet der Rechtsprechung, das Preußen mit seiner Justizhoheit bearbeitet, soll nur erfasst werden von einzelnen Bestimmungen, dadurch fallen weitere politische Straftaten aus. Wo sind die Stellen in der Vorlage, die Zusammenfassung der Fälle mit den rechtserheblichen Verhältnissen erfasst, wobei immer nur die ersten von den Verurteilten beurteilt wurden? Was ist etwa in der Vorlage enthalten von jenen Vorgängen, wo Arbeitslose vor die Reichshäuser zogen und die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung verlangten? Wo haben solche Artikel der Verträge erlebt, wonach der Kampf um eine Lohnerhöhung oder um eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, ja sogar um den Achtstundentag, sehr politischer Kampf ist; unerträglich im Gesetz ist die Festsetzung des Termins vom 1. Oktober 1923, die einen Teil der politischen Verfahren von der Amnestie ausschließen will. Gerade nach dem 1. Oktober 1923 zeigten sich die Auswirkungen der großen politischen Ereignisse, die durch die Ruhrbesetzung geschaffen waren. In Frage kommen Beamte höchstens ein Termin nach Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes und nach Ablauf der Inflation. Nicht einbezogen sind all die Fälle, wo die Arbeiter in Ruhrbewegungen und Streiks standen, ausgenommen sind die Lebensmittelunruhen der Inflationsmonate 1923. Mehr bleibt ein kümmerlicher Rest von Strafen.

Genosse Obach verlangt, daß ein Amnestieausschuss die Rechtsprechung nachprüfen soll und wendet sich vor allem gegen die Tenninfestsetzung des 1. Oktober 1923. Er weist auf die Zusammenhänge der Inflationsmonate hin mit der ungeheuren Ödium breitet der Volkswaffen und schließt seine Rede: Die Amnestie wird in diesem Kreise als eine Art Schwabenobjekt aufgefaßt. Das arbeitende Volk wird dafür Sorge tragen, daß aus der Generalamnestie eine Vollamnestie wird.

Zum Schluss wurde die Vorlage einem Unterausschuss zur Weiterbehandlung übergeben.

Um das Stinnes'geheimnis

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

In wenigen Tagen wird sich entscheiden, ob der Betrieb der Aqa in Wittenberg stillgelegt oder weitergeführt wird. Die bürgerliche Presse hat bereits gefaselt, als ob die Belegschaft der Aqa das sogenannte Geheimnis der Stinnes tatsächlich angenommen habe. Aber die Belegschaft und Betriebsräte denken nicht daran, auf ein Stinnesmanöver hereinzutreten. Es stellt sich unterdessen heraus, daß Stinnes vermuthlich gar nicht mehr die rechtliche Verfügungsgewalt über seine 65 Aqa-Werke hat, da es sich bei dem schweren Kampf zwischen dem von der Darmstädter Bank geführten Stinneskonzern und dem Bankrotter Stinnes um die Frage handelt, ob der Stinnes Stinnesische Besitz in die Liquidationsmasse des gekündeten ehemaligen Stinneskonzerns zu werfen ist. Dieser Kampf ist zugleich ein Kampf des Bankkapitals mit dem Industriekapital überhaupt, jedoch auf völlig anderer Grundlage als das Vorkriegsverhältnis zwischen diesen beiden Polen des Finanzkapitals war.

Die Aqa-Belegschaft hat inzwischen noch nicht einmal die Hälfte des letzten Lohnes erhalten. Es haben Verhandlungen beim Demobilisierungskommisariat dem Oberpräsidenten von Brandenburg stattgefunden, in der Stinnes in Anwesenheit des Betriebsrates und eines Vertreters des Deutschen Metallarbeiterverbandes dringend Staatskredit forderte.

Aufhebung des Haftbefehls gegen Hauptmann Papst

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

Auf Grund des vom Verteidiger des in den Rapp-Bußch verurteilten Hauptmann Papst gestellten Antrages hat der zuständige Untersuchungsrichter nach der Zustimmung des Oberstaatsanwalts die Aufhebung des Haftbefehls und des Stadtbefehls gegen Hauptmann Papst verfügt.

wird die Krise rapid verschärfen. Der Garantieroll als Kriegspol gegen Sowjetrußland ist ein Abenteuer aus Verwirrung, wobei die Bourgeoisie mindestens einiger europäischer Länder genau weiß, daß sie dabei — wenn es schief geht — im buchstäblichsten und wortwörtlichsten Sinne Kopf und Kragen riskiert. Da, wenn die Kapitalisten und Imperialisten Politik im luftleeren Raum machen könnten, wenn das revolutionäre Proletariat sich willenslos in allen Ländern auf den niedrigen Stand eines Sklavendaseins herabdrücken ließe, dann —

Es ist aber gar nicht notwendig, diese „Möglichkeit“ auszubedenken. Denn das Proletariat hat einen Willen, es erkennt die Gefahr und formt die Einheitsfront. Die Arbeiter werden die Schlinge, in der sich die Kapitalisten mit dem Weltkrieg verfangen haben, zuziehen.

Das wird die proletarische Lösung des „internationalen Schuldenproblems“ sein!

Beschlehterung des Arbeitsmarktes im ganzen Reich

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

Eine Beschlehterung des Arbeitsmarktes wird gemeldet aus Berlin, dem Rheinland, aus Breslau und aus allen anderen Teilen des Reiches. Diese Beschlehterung ist direkt zurückzuführen auf die Zunahme der Exportschwierigkeiten durch die Annahme der Schuldscheine, neben bester Aussicht der Unternehmer, durch Ausperrung von Arbeitslosen, durch Arbeitslosigkeit den Widerstand der Arbeiter zu brechen, um Arbeitszeitverlängerung und Beschäftigung durchzuführen zu können.

Der Bauarbeiterkampf geht weiter!

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

Die Berliner Bauunternehmer sind begreiflicherweise sehr gern zur Annahme des Schiedsspruchs bereit, der für die Bauarbeiter noch größere Beschlehterung bringt als der letzte. Mit eman durch die Presse erfährt beabsichtigen die Ausbeuter die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen. Die Verammlung der Zimmerer, die Epigenorganisation der Bauarbeiter und die Generalverammlung des Baugewerksbundes, Abteilung Groß-Berlin hatten sämtlich ohne Debatte den unerhörten Schiedsspruch abgelehnt. Derselben Nachrichten über Ablehnung laufen auch aus dem Reich.

Der in Kassel gefällte örtliche Schiedsspruch sah eine Erhöhung um ganze 5 Pfennig nur für die Facharbeiter vor. Der Baugewerksbund Kassel hat abgelehnt. Die Ausperrung ist hier für den 20. August angekündigt. Vor der Generalausperrung sind bereits ausgeperrt die Bauarbeiter in ganz Baden, in der Rheinpfalz, Mecklenburg, im Land Sachsen, Provinz Sachsen und in Anhalt. Im Einzelnen oder in Ausperrung stehen die Arbeiter in Berlin, Kassel, Krefeld, Essig, Hof, Erentenberg, Stuttgart, usw.

(Sig. Dr. Hübner.) Berlin, 18. August.

In der heutigen Generalverammlung beschlossen die Berliner Bauarbeiter gemäß dem Vorgehen des Vereinsbundes ohne Diskussion über den Bauarbeiterkampf gefällten Schiedsspruch zur Tagesordnung überzugehen. Bekanntlich hat dieser Schiedsspruch den Berliner Bauarbeitern und Hilfsarbeitern wesentlich geringere Löhne vorgeschlagen, als vorher die Unternehmer freiwillig offeriert hatten.

Cohoverhandlungen im Ruhrbergbau ergebnislos!

(Sig. Dr. Hübner.) Essen, 18. August.

Die heutigen Cohoverhandlungen im Bergbau wurden ergebnislos abgebrochen. Die Arbeitnehmer haben den Schlichter angewiesen, der die Schlichtungsverhandlungen für Mittwoch, den 19. August, anderräumt hat.

Lepopo, der Narr

Jenu Balat

Aus der Buchreihe „Die Signale“ Tausen-Verlag, Frankfurt a.M.

Und Uaca ließ sich wieder zwischen seinen Gäßen nieder. Das Wahl war vorüber.

„Freunde“, sagte Barata, „sahd werden wir in unserer Stadt den Bürger wählen, der als Gesetzgeber die Stelle antritt, der so frühzeitig empfinden kann, was die Stadt werden soll. Werden Sie, ehrenwürdiger Uaca, der Wahl teilnehmen? Und du, fleißiger Lepopo, wirst du aus einem Augenblick dein wundervolles Werk im Stich lassen?“

Lepopo verzerrte seinen Mund.

Uaca erwiderte, er werde sich nur dann in die Stadt begeben, wenn es sich um die Wahl eines ihm lieben Bürgers handle. „Was kümmern mich diese angesehenen Männer, die diebisch oder dumm, eitel und unwissend, nur auf ihre eigenen Interessen, nicht aber auf die der Stadt bedacht sind, und ihre Mitglieder durch beschämende Worte trunken machen? Welchen Wahl wolle ich durchsetzen, Uger, lipiger Barata?“

„Wir wählen es noch nicht“, erwiderte der Journalist.

Barata und Lohango kreuzten dem Offizier zu, den seine Hände und seine Hände schmiedeten.

Barata war ein tiefer Denker, Lohango ein flatternder Politiker.

Er kümmerten sich ebensowenig um Gemeinwesen, wie sich Vögel um Güter und Gartenerzeugnisse kümmern. Barata gab die größte Zeitung der Stadt heraus, ihm war es zu verdanken, daß die alte Stadt ein mächtiges Sprachrohr besaß.

Baratas einflussreiches Organ brachte die Nachrichten, die der Industrie und dem Handel der Stadt von Nutzen waren. „Das soziale Erwachen“ war überall verbreitet, und Barata genoss allgemeine Achtung. Dennoch gab es viele Bürger, die ihn fürchteten.

Lohango stand an der Spitze der städtischen Behörden, deshalb interessierte er sich für den Nachfolger des würdigen, verehrten Lohango. Ihm oblag die Pflicht, dafür zu sorgen,

daß dieser Nachfolger keine allzu große geistige Unabhängigkeit an der Tag lege, da dies der schönen traditionellen Ordnung der reichen Stadt hätte schaden können.

So kam es, daß in der Abenddämmerung des glücklichen Freudentags im Hofgarten, den die Fürstlichen mit rosigem Schein erleuchteten, der Beschluß gefaßt wurde, Lepopo der Politik zuzuführen. Er besaß die wertvollen Eigenschaften der Intelligenz und der Risikofähigkeit, und man glaubte, er werde sich gutwillig durch den Irrgarten der städtischen Angelegenheiten führen lassen.

Die Nacht kam wieder. Köstliche Abendmahlzeit breitete sich über König und Salbei; die Stille der Dämmerung wurde nur durch das helle Lachen der jungen Frauen und das Zirpen der Grillen durchbrochen.

Derart feierten der ehrliche Lepopo, Uaca, der Weise, die kluge Barata und Lohango, sowie ihre schönen Frauen an jenem denkwürdigen Freudentag die geliebten Toten.

*

In der Stadt nahm das Alltagsleben von neuem seinen Lauf, und Lepopo kehrte an seine Arbeit zurück.

Am Abend pflegte er in Gesellschaft von Biella zu lesen. Häufig nahm seine Nichte, die hübsche Vila, an diesem schweigsamen, gedankenvollen Zusammensein teil.

Lepopo sah sich glücklich in der Nähe der lächelnden Vila, doch litt er unter der Traurigkeit seiner Schwester Biella. Sie erschien ihm allzu fremd, zurückhaltend; er wagte nicht mehr, ihr seinen Kummer und seine Hoffnungen mitzuteilen.

Eines Abends, da Lepopo vor seinem Schreibtisch saß, mit Vila und Biella plauderte, suchte ihn ein junger Freund auf: Taviti, ein Student, der an der Universität alte und moderne Geschichte studierte.

„Seien Sie gegrüßt, Meister Lepopo. Ich komme, um in der Gesellschaft der liebenswürdigen Vila und der sanften Biella eine saße Kost zu genießen. Es gibt Tage, da sich der müde Geist weigert, die gewohnten Anstrengungen zu machen; die Sätze der Bücher reizen durchs Gehirn, die Worte enthalten keine Bedeutung für den Geist, das Gedächtnis, dieser verzweifelt armeligen Gäste überdrüssig, beharrt auf seinem Schatz. Deshalb habe ich bei euch die müde und gereizte Stirne des Traumes.“

Und der junge Taviti ließ sich neben Lepopo und Vila nieder.

*

Leugert beschäftigt, neigte Vila die weiße Stirn über ein großes Buch, ein Album voll schöner Bilder. Sie bewunderte lange eine seltsame Seite, hob dann den hübschen Kopf mit dem goldblonden Haar, zeigte Taviti das Buch und verlangte eine Erklärung des Bildes.

Taviti erläuterte, daß die Zeichnung aus drei Teilen bestehe. Der erste stellte einen schönen jungen Zauberer dar, der Retorten und merkwürdig geformte Kolben handhabte. Das bekümmerte Gesicht des Zauberers drückte tiefe Qual aus. Er suchte in der Befriedigung einer unerfülllichen Neugierde das Glück, widmete sich völlig schmerzlichen Forschungen.

Der zweite Teil stellte wieder den Zauberer dar, geschwächt, blaß, in den weißen Armen einer schönen jungen Frau.

Der dritte zeigte auf einem blauen Himmel einen wunderbaren Drachen mit einer Feuerzunge, ganz bedeckt von goldig schimmernden grünen Schuppen.

Taviti erklärte Vila, das Bild verkörpere einen jungen Gelehrten, der sich in den Armen der Kurtisanen verlor; der Drache aber war gleichsam die Moral der Geschichte; unter dieser Gestalt hatte der Zeichner als Erreger einer wohlthuenden Angst die Liebe und die Wollust darstellen wollen, diese Flamme, die die Arbeit verschlingen.

Vila hob den zarten Kopf und warf ein, daß die schöne Zeichnung eine andere angenehme Bedeutung besäße.

Und ihre sanfte Stimme erläuterte, all dies sei das Sinnbild des Lebens gewisser Menschen, die nicht ahnen, daß an ihrer Seite Wesen verweilen und unter dem Vergessen leiden. Diese Blinden ergeben sich ganz der Wissenschaft und verfolgen ihre unerfüllliche Neugierde zu befriedigen. Eines Tages jedoch öffnen sich ihre Augen; sie sehen das Glück, das sie seit Jahren unermüdet an der Schwelle ihrer Tür erwartet; die Arme der geduldbigen Geliebten strecken sich voll Freude nach ihnen aus, und die Strahlen der Liebe erhellen ihr von nun an glückliches Leben.

In diesem Fall, meinte Taviti, sei es unmöglich, dem feuerzüngigen Drachen eine Bedeutung beizumessen; aber er irrte, denn Vila fand die Auslegung, daß der Drache der Beschützer der Liebenden sei.

(Fortsetzung folgt.)

Mussolinis Schlachten

Von Edmond De Liso (Rom).

Wenn sich die Ereignisse der Geschichte wiederholen, ist die Wiederholung immer eine Karikatur des Originals. Mussolini hat gesehen, wie die Sowjetunion die Schlachten des Getreides und des Rubels begonnen und siegreich geschlagen hat, und darum hat auch er erklärt, daß er die Schlachten des Getreides und der Lira schlagen werde.

Er hat daher seinen Generalstab versammelt, um die Kampfstrategie zu diskutieren. Seine Offiziere sind nichts anderes als die italienischen Großgrundbesitzer und Großbauern, und der Zweck der Kampagne ist es, die Frage zu lösen, wie die Agrarproduktion auf Kosten des italienischen Proletariats betrieben werden kann. Man sieht, wie sehr die Schlachten Mussolinis jenen ähneln, die die Sowjetunion schlägt! In der Sowjetunion würde die Schlacht des Getreides von der Arbeiter- und Bauernklasse zu deren eigenen Gunsten geschlagen. In Italien geschieht gerade das Gegenteil.

Was sollte also ein Generalstab von Großagariern unter dem Vorherrschaft des Faschismus antschreiben? Konnten sie zu dem Schlusse gelangen, daß, um mehr Getreide zu haben, die anbaufähige Fläche vermehrt werden muß, die Anbaumethoden verbessert werden müssen, den Bauern ein vervollkommeneres landwirtschaftliches Inventar gegeben werden muß, ihnen Düngemittel zu erschwinglichen Preisen verkauft und die schweren Steuerlasten ermäßigt werden müssen, wie dies die Regierung in der Sowjetunion getan hat? Sicherlich nicht, denn die Großagariere könnten nur einen strategischen Plan machen, worin sie ihre eigenen Interessen und Vorrechte verteidigten und alle Lasten des Kampfes auf die wertvollen Bauern abwälzten.

Italien produziert bekanntlich nicht genug Getreide für seinen Verbrauch; es ist genötigt, einen beträchtlichen Teil davon im Auslande anzukaufen und in Gold zu bezahlen. Andererseits ist in Italien der Boden, der das Getreidebedürfnis teilweise decken könnte, mit Zuckerrüben und Tabak bepflanzt. Unsere Landflächen, die für den Anbau von Körnerfrüchten und für die Produktion der für die Textilindustrie notwendigen Rohstoffe ausgezeichnet geeignet sind, sind für den Anbau von Zuckerrüben und Tabak durchaus ungeeignet. Was tut dies aber? Die Regierung muß die Zuckerindustrie unterstützen und zahlt große Prämien für die Kultur von Zuckerrüben wie auch für jene von Tabak. Der ganze Patriotismus der Großagariere versagt vor ihren Kassensträngen!

Mussolini wird also den Großagariern keine einzige Handbreit Bodens wegnehmen, um sie zu zwingen, die Anbauart zu wechseln. Er wird ihnen weiter große Prämien zahlen, hat aber dafür den Auftrag gegeben, daß die Ergiebigkeit pro Hektar Getreideanbaufläche erhöht werden muß. Möge der Bauer den Boden mit dem Schweiß seiner Stirne neken; möge er Maschinen kaufen, wenn er kann, und Düngemittel, wenn der Preis der Ernte ihm dies gestattet, die faschistische Regierung hat nur ein Auge für die Großagariere. Der Preis der landwirtschaftlichen Maschinen ist infolge der Zollschranken unerschwinglich, und dort, wo die Bauern gemeinschaftlich eine Maschine gekauft hatten, ist die Genossenschaft durch Feuer und Schwert der Faschisten vernichtet worden. Die Steuern, die für die Großagariere so leicht sind, sind für die armen Bauern ständig erhöht worden, bis diese nach Frankreich geflohen sind, wo sie weniger arge Verhältnisse vorfinden. Die Düngemittel sind ein Monopol in den Händen der Società Montecatini geworden, die sie zu einem Preise verkauft, der fast dem des Brotes gleichkommt.

Sagen wir es kurz: Mussolini hat seine Schlacht verloren, bevor er sie begonnen hat. Vielleicht war sie aber bloß ein demagogischer Bluff. Die Großagariere und die Großindustriellen Italiens haben dem Faschismus den Weg bereitet, ihn ins Leben gerufen und werden doch nicht zugeben, daß Mussolini eine Schlacht gegen sie führt, selbst wenn er diese Absicht gehabt haben sollte.

Die andere Schlacht, die der Lira, ist unmittelbar mit der Schlacht des Getreides verbunden. Die Entwertung der Lira, die eine sehr starke ist (Der Dollar ist in den letzten Wochen auf 27—29 Lire gegenüber einer Friedensparität von etwas über 5 Lire gestiegen), ist freilich teilweise den ungeheuren Schulden zuzuschreiben, die Italien gegenüber Amerika und England hat (ungefähr 100 Milliarden Lire!); aber ebenso ist es auch wahr, daß der Niedergang des Wertes der Lira durch die Passivität der Außenhandelsbilanz infolge des Ankaufs von Getreide und anderen unumgänglich notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen sowie infolge des allgemeinen Mißtrauens gegen den Faschismus, das selbst in den Kreisen des Bürgertums immer mehr zunimmt, herbeigeführt worden ist.

Der Sturz, den die Lira im Monat Juli erlebt hat, ist etwas, was die Börsen Italiens noch nie mitgemacht haben. Es hat sich der kleine Sparer und der Kleinbürger, die von einigen Millionen in Staatsgutscheinen angelegten Lire leben, sowie der mittleren Fabrikanten eine wahre Panik bemächtigt. Mussolini und im besonderen der berühmte Parteisekretär Farinacci haben zuerst geglaubt, daß das beste Mittel darin bestünde, die Parität mit Knüppelstößen zu heilen. Aber Farinacci, der die Geflohenheit hat, die geschichtlichen Ereignisse mit den Augen einer Kuh zu betrachten, die ein Gemälde Rafaels beschaute, mußte feststellen, daß er auf einen falschen Weg geraten war.

Es mußte eine bessere Kur gesucht werden. Die Hochfinanz hat ihnen diese angezeigt. Sie hat vor allem den Kopf des Finanzministers Stefani als Sündenbock verlangt und dann ihren Vertrauensmann, den Grafen Volpi, als dessen Nachfolger aufgezogen.

Der entlassene Schatz- und Finanzminister Stefani ist Universitätsprofessor. Er ist von Theorien eingenommen, die den bürgerlichen Interessen unschädlich sein können, solange sie auf dem Boden der Theorie verbleiben; sobald aber die Interessen des Kapitalismus sich verletzt fühlen, verlieren die bürgerlichen Indusriegewaltigen ihre Achtung selbst vor ihren Universitätsprofessoren.

Was ist denn das Verbrechen des Herrn de Stefani gewesen, eines der hervorragendsten Faschisten? Nachdem er das Budget auf Kosten der Arbeiterklasse ins Gleichgewicht gebracht hatte, indem er die Steuern der belibigen Klasse herabsetzte oder abschaffte, indem er Bezahlung von Beamten entließ, hatte er es sich in den Kopf gesetzt, die Lira zum Steigen zu bringen, indem er den Umlauf von Banknoten einschränkte. Seine Zeremonien in der Banca d'Italia, wo er vor zahlreichen Zuschauern Millionen von Banknoten verbrennen ließ, grenzte ans Lächerliche. Zugleich haben sich die italienischen Banken, die in ihren Stahlkammern Tonnen von Industriepapieren, die sie zu hohen Preisen angekauft hatten, und Staatsgutscheine angehäuft hatten, genötigt, eine Menge dieser Papiere auf den Markt zu werfen,

um sich die notwendigen Banknoten für ihre Operationen zu beschaffen, wobei sie beträchtliche Verluste erlitten.

Der Sturz der Lira, der im Monat Juli eintrat, hat das Gefühl von Ueberlaufen gebracht. Angehört der Rebellion der Hochfinanz hat Mussolini seinen Minister gewechselt und den Grafen Volpi als Vertrauensmann annehmen müssen, einen der mächtigsten Schieber des italienischen Kapitalismus, einen der Vetter der Banca Commerciale, der selbst an allen großen kapitalistischen Unternehmungen Italiens interessiert ist. An der Spitze der Banca Commerciale hat Mussolini einen mächtigeren Beistand, seine Schlacht zu schlagen, als Farinacci mit dessen Knüppelstößen. Die Zusammenarbeit der Banca Commerciale mit dem faschistischen Regime bedeutet eine Stärkung des Regimes und den Übergang der Hochfinanz Italiens zum Faschismus. Aber die wirtschaftlichen Schlachten des Faschismus sind viel schwerer zu gewinnen als seine Fraktionskämpfe. Das wirtschaftliche Schlachtfeld wird ohne Zweifel eher zum Grabe Mussolinis werden als das politische Schlachtfeld.

Die Zattit der englischen Regierung nach dem Bergarbeiterkampf

Worlers Weekly, die Zeitung der englischen Kommunisten, schreibt: „Die Regierung, die im Dienste der Kapitalistenklasse handelt, rüstet zu einem neuen Kampf gegen die Arbeiterschaft, den sie unter für sie besseren Umständen austragen will. Sie setzt sich als Aufgabe, die Einheitsfront der Arbeiterschaft zu zertrümmern, weil sie sonst nicht Erfolg haben kann.“

Schon arbeitet daran eine ganze reaktionäre Presseorganisation, die Tätigkeit der Faschisten steigert sich, und vor allem wird der „Steuerzahler“, d. h. der Kleinbürger und Mittelständler wild gemacht. Man sagt ihm, daß er die „Unterstützungen für die Bergwerkbesser“ bezahlen muß; man schweigt aber von der „Liebesgabe“ von einer Milliarde Pfund an die Kapitalisten und man schweigt auch von den 58 Millionen Pfund des neuen Flottenbauprogramms.

Neben dieser „politischen“ Vorbereitung geht die direkten technischen Vorbereitungen der Regierung vor, um den Arbeitern eine vernichtende Niederlage zu bereiten.

Angeichts der kommenden Kämpfe muß der Generalrat der Gewerkschaften größere Befugnisse erhalten. Das ist eine alte Forderung. In den Distrikten draußen müssen die Reihen geschlossen werden; der letzte Mann muß kampfbereit sein. Der Aktionsplan der Gewerkschaften muß rasch ratifiziert werden. Gewerkschaften und Aktionsausschüsse müssen eine energische Propaganda entfalten für die Arbeiterschaft, um die vollständige Einheitsfront aller Arbeiter — auch der gewerkschaftlich noch nicht organisierten — herzustellen.

Während die Gewerkschaften die Einheitsfront gegen den Kapitalismus schmieden, werden die Sozialreformisten MacDonald u. Co. das Spiel der Ausbeuter spielen und die Einheitsfront nach Kräften sabotieren.

Die revolutionären Arbeiter müssen deshalb vom Kongreß der Labour Party verlangen: 1. Berwerfung aller Resolutionen gegen die Kommunisten, 2. Erlaubnis für die RME zum Anschluß an die „Arbeiterpartei“, 3. Ausrückung der Kleinbürgerlich-liberalen Politik des Exekutiv-Komitees der „Arbeiterpartei“ und Erhebung durch eine tatkräftige wirkliche Arbeiterpolitik.

Eine Politik des rechten Flügels der Labour Party zulassen, hieße den Kapitalisten erlauben, ihre schamigen Hände in die Angelegenheiten der Arbeiterschaft zu stecken.“

Zum Parteitag der französischen Sozialisten

Der gerade am 15. August beginnende Parteitag der französischen Sozialisten fällt in eine kritische Zeit. Kritisch ist die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage Frankreichs; kritisch steht es in Marokko, kritisch in Syrien, kritisch ist das Problem der schwebenden Schulden. Kritisch ist die Situation im Einklang. Besteht er noch, oder ist er schon futsch? Und kritisch ist die Lage in der Partei, es rumort in der Mitgliedschaft, die mit der Politik der Führer nicht mehr einverstanden ist.

Wird bei sozial „Kritikern“ innerhalb und außerhalb der Partei, — man könnte das alles natürlich eingehender spezifizieren — nicht auch dieser Parteitag „kritisch“ sein. Kritisch, d. h. eine Scheidung, eine Entscheidung so oder so bringen.

Nein, so etwas braucht man bei dieser Partei der II. Internationale nicht erwarten. Es wird etwas Theaterdonner gemacht werden, die vollendenden Phrasen werden schärren und rasseln, der Geist des großen Tribunen Jaures wird von kläglichen Epigonen heraufbeschworen werden. Es wird alles nicht einmal in Jaures Sinne, sondern im Sinne der deutschen Scheidemannier, ant. sozialistisch sein, wie es einer Partei der II. Internationale wohl ansteht.

Daß man kein Säuberlich um die Klippen der wirklichen, will, wird dadurch bewiesen, daß der Fall Baranne so aktuellen Probleme revolutionärer Arbeiterpolitik herumgondeln zulassen als Kern und Hauptstück auf der Tagesordnung steht. „Man wird jetzt die Galerie mit dem „Türkentopi“ beunruhigen“, sagt dazu mit Recht Genosse Semard in der „Humanité“, d. h. man jagt Baranne als Sündenbock in die Wüste, er muß den „Türkentopi“ liefern, warum hat er sich zum Gouverneur von Indo-China ernennen lassen ohne die Partei zu befragen! Damit wird man das Problem einer revolutionär-proletarischen Bekämpfung der imperialistischen Kolonialismen der Bourgeoisie für genügend „gelöst“ betrachten, nach dieser Handlung — schöne Geste nennen es die Franzosen — kann man sich jedes revolutionäre, marxistische, wirtschaftliche Handeln föhlich ersparen. „Viele wären sogar bereit, Baranne freizupredigen“, meint Semard, „wenn sie nicht den Protest von unten fürchten müßten.“

Das „Kartell“, der sogenannte Einklang ging längst in die Brüche. Bainlevé-Briand-Collaurie die drei „Linien“, regieren heute mit einer reaktionären rechten Kammermehrheit. „Rechts“ ist sie durch die Lin, ganz einbeutlich rechts, darauf ändern die linken Extremen, die mehreren Parteipolitikern noch anhaften, effektiv gar nichts.

Krieg „jusque au bout“ bis zum Sieg! das ist heute die Parole selbst der „Radikalsocialisten“. Abd el Arim soll vernichtet werden; blutige Rache für die Niederlage in Syrien; Frankreichs Ehre steht auf dem Spiel!

Die Sozialisten haben weder den Mut noch den Willen gegen diesen Strom zu schwimmen. Sie werden es drum belauscht kühnenden patriotischen Protesten bewenden lassen. Denn nach all der Trud „von unten“ nicht stark genug, um diese Sozialverräter zum Handeln zu zwingen, oder sie völlig als Vassalen der imperialistischen Ausbeuter zu entlarven.

Die Probleme der Inflation und der proletarischen Einheitsfront werden zwar viel besprochen werden auf diesem Kongreß, aber die Herren werden alles zu sabotieren wissen, was wirklich im Interesse des Proletariats liegt, weil sie vor wirklich revolutionärem Vorgehen und Maßnahmen sich wie vor dem Teufel fürchten.

Das Problem des Garantiepattes, diesen Brennpunkt und Schnittpunkt, in dem sich alle Linien proletarisch-revolutionärer und bourgeois-reaktionärer Politik heute schneiden, sehen die Sozialpatrioten nur durch die Brille der französischen Bourgeoisie an. Genau so wie die Herren Breidfeld, Leon und Cie. auf diese Dinge in Deutschland mit kapitalistisch-nationaler Brille blickten.

Aber man wird dem Kabinett Bainlevé „die Unterstützung entziehen“. Darüber kann Bainlevé nur lachen, — er läßt sich ja längst nicht mehr auf diese Socken. Also auch eine leere, nichtsagende „Geste“, nur berechnen, die Arbeiter zu belügen und zu betrügen. Der Vergleich mit der Schwindeltat der SPD beim deutschen Zollkampf liegt auf der Hand. Weder werden die Leon Blum, Muriel und Renaudel, noch werden die Wels, Crispin, Paul Leon wirklich den Kampf aufnehmen. Weder die einen noch die anderen werden ins Boll gehen, d. h. vom verblumten Parlament der Bourgeoisie ausziehen und den Kampf gegen die Reaktion in die Gewerkschaften, in die Massen, in den Betrieb und auf die Straßen tragen. So „revolutionäre“ Dinge werden doch die gestifteten Kleinbürgerpartei der gestifteten II. Internationale der Sozialpatrioten und Arbeiterverräter nicht begehen. „Wohlfahrtsausschüsse“ verlangen die Radikalen. Das klingt entsetzlich „revolutionär“, erinnert es doch an die große französische Revolution. Tempus passat! Diese Zeiten sind vorbei. Warum so antiquarisch? Weil man damit den Kleinbürger belügt. So kämpft ja auch in Deutschland die SPD für die alten Kleinbürgerfarben Schwarz-rot-gold. Man will damit in Frankreich nur der wahren Parole „Arbeiterverräter“ ausweichen.

Wir dürfen also für die revolutionäre Arbeiterbewegung von diesem französischen Sozialistenparteitag, trotz der kritischen Situation des Augenblicks, rein nichts, auf keinen Fall etwas Gutes, erwarten. Leere Phrasen, schöne Geste, Lügen und Arbeiterbetrug, das wird das „Positive“ sein. S. A.

Das 200jährige Jubiläum der Russischen Akademie der Wissenschaften

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, die Feier des 200-jährigen Bestehens der Russischen Akademie der Wissenschaften als eine nationale Feier der gesamten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu betrachten u. einen Regierungsausschub zu bilden, der aus den Organisatoren der Feier bestehen soll. Der Vorsitz in diesem Ausschub wird A. N. Kow führen, zu den Mitgliedern gehören A. N. Katscharski, L. I. Litwinow, O. I. Denburg und S. G. Stelowa.

Außerdem hat der Rat der Volkskommissare der UdSSR ein Dekret erlassen, wonach die Russische Akademie der Wissenschaften als eine wissenschaftliche Institution, deren Bedeutung für die ganze Union unermesslich ist, in eine „Akademie der Wissenschaften der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken“ umbenannt wird.

Der Akademie wurde aus London mitgeteilt, daß die London Royal Society bei der Jubiläumfeier mit Henry Wapors und Prof. Archibald Thomson vertreten wird.

Das Volkskommissariat für Verkehrswesen gewährt ausländischen Gästen bei der Feier der Russischen Akademie eine 50prozentige Vergünstigung für die Fahrten nach Leningrad und Moskau.

In der Aula des Hauptgebäudes der Akademie der Wissenschaften wird gegenwärtig das große Mosaik „Die Schlacht bei Poltawa“, das von Lomonosow ausgeführt wurde, an der Wand befestigt.

Der Rat der Volkskommissare beschloß einen Fonds zur Verteilung von „Lenin-Preisen“ zu bilden, die für die besten wissenschaftlichen Arbeiten aus allen wissenschaftlichen Gebieten, und die von Bürgern der UdSSR, nach dem 7. November 1917 verfaßt wurden, ausgegeben werden. Die Gesamtsumme der jährlich zu verteilenden Preise beträgt 10 000 Rubel. Arbeiten mit praktischer Bedeutung werden in erster Reihe bevorzugt.

Die Verbindungen der Akademie mit dem Ausland.

Die Zusammenarbeit der Akademie mit ausländischen Gelehrten, mit ausländischen wissenschaftlichen Gesellschaften und Akademien wächst andauernd. Als die Astronomische Sternwarte in Pulkow wieder intakt gesetzt wurde, kamen von überall Anfragen über Zusammenarbeit und heute ist die Sternwarte mit allen 110 Sternwarten der Welt in Verbindung. Aus Straßburg ist an die akademische Werkstatt eine Bestellung Instrumente vergeben worden. Der Austausch von wissenschaftlichen Werken mit dem Ausland ist wieder hergestellt.

In der letzten Zeit erhielt die Akademie der Wissenschaften mehrere Einladungen internationaler wissenschaftlicher Kongresse. So nahmen die Akademiker Stelowa und Upenstik an dem Internationalen Mathematiker-Kongreß in Toronto teil, der Akademiker M. F. Karstik war für den Kongreß der Slavischen Geographen und Ethnographen in Prag bestimmt, die Prof. Sternberg und Bogoras für den 21. Internationalen Amerikanistenkongreß in dem Haag und Goeteborg, Prof. Filipshenko für den Internationalen Eugenik- und Anthropologiekongreß in Prag.

Weiter nahmen teil: der Akademiker B. Lajew an dem Kongreß der Amerikanischen Association zur Verbreitung der Wissenschaften, der Akademiker A. F. Sofse trat mit Vorträgen auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel auf und auf dem Internationalen Kongreß der angewandten Mechanik in Delft. Alle ebengenannten Kongresse fanden im Jahre 1924 statt. In demselben Jahre schickte die Akademie viele ihrer Mitglieder ins Ausland, wo sie die neuesten Erfindungen der Wissenschaften kennen lernen sollten. Es fuhr nach Europa und Amerika die Akademiker: Belopolski, Lajarov, Fersmann, Sukhtin, Omeljanski, Konowalow, Malonow.

Die 200jährige Feier der Akademie findet am 5. September in Moskau statt.

Sowjet-russische Wirtschaft

Ueber die Rauchwarenausfuhr. Anlässlich der in Leipzig stattfindenden Rauchwarenausfuhr werden folgende Zahlen über die Sowjetrussische Rauchwarenausfuhr veröffentlicht: Vom Oktober 1924 bis Juni 1925 wurden Rauchwaren im Werte von 51,1 Millionen Goldrubel ins Ausland exportiert, wobei England mit 45,5 Prozent, Amerika mit 42 Prozent und Deutschland mit 9,2 Prozent die wichtigsten Abnehmer waren. Amerika bleibt der wichtigste Verbraucher, da ein bedeutender Teil der nach England verkauften Rauchwaren nach Amerika weiterverkauft werden.

Das Außenhandelskommissariat ist der größte Exporteur der Rauchwaren und verkauft an das Ausland durch Vermittlung des „Goskorg“ und der „Arco Ltd.“ 51 Prozent, während die Genossenschaften 27 Prozent und die gemischten Gesellschaften 10,5 Prozent exportieren.

Die Zahl der Arbeiter in der Sowjetindustrie. Die Gesamtzahl der in den zehn wichtigsten Branchen der Sowjetindustrie beschäftigten Arbeiter betrug im Wirtschaftsjahr 1923-1924 1.183.360 und 1924-1925 1.349.535. Im kommenden Wirtschaftsjahr 1925-1926 wird sich die Arbeiterzahl voraussichtlich auf 1.613.247 stellen.

In einzelne Branchen verteilt, verhalten sich die Ziffern folgendermaßen:

	1923-24	1924-25	1925-26
Textilindustrie	379.598	498.598	571.764
Metallindustrie	196.713	246.173	320.000

Radium in russischen Erzen. Im Radium-Institut zu Leningrad wurde unter Leitung des Professors Chlapin ein neues Verfahren angewandt, um radiumhaltige Erze zu bearbeiten und reine Radiumsalze zu erhalten. Durch das neue Verfahren hat das Institut seine Radiumvorräte bedeutend vergrößert.

Autodroschkenverkehr in Moskau und Leningrad. Der erste Versuch in Moskau, einen Autodroschkenverkehr einzuführen, hat sich bisher vollkommen bewährt. Es wurden bei der französischen Automobilfirma, bei der die ersten 15 Autodroschken bestellt wurden, weitere 100 Stück bestellt.

Der Leningrader Gemeinderat hat das Angebot einer schwedischen Autofabrik „Karlebe und Kälender“ in Stockholm angenommen. In Leningrad eine „Gemischte Gesellschaft für Autodroschkenverkehr“ zu gründen. 51 Prozent Aktien der zu gründenden schwedisch-russischen Gesellschaft werden der Leningrader Gemeinde gehören, die übrigen der schwedischen Firma.

Die Patienten der Heilstätte Görbersdorf gegen das Blutbad in Berlin

Die kommunistischen Patienten in Görbersdorf haben folgendes Telegramm an den Reichstag gerichtet:

„Die kommunistischen Patienten in Görbersdorf nehmen an Enttäuschung Kenntnis von dem Arbeitermord in Berlin durch den Sozialdemokraten Gryninski. Nicht umsonst soll das

Arbeiterblut in den Straßen Berlins geflossen sein. Wir werden nicht eher ruhen noch rasten, bis wir das Blut unserer Brüder gerächt und die Gendarmen zum Teufel gelacht haben. Wir sprechen den Hinterbliebenen der Gefallenen unser tiefstes Beileid aus und senden ihnen die Arbeiterlichen Grüße.

Aus Natur und Technik Kraftnutzung am Dnjepr

Die „DZ“ des ausemanderfallenden Stinnes-Triest bringt interessante Hinweise von einem Diplomatingenieur D. von Braunshweig, auf ein großzügiges Projekt der Sowjetregierung am Dnjepr. Der Dnjepr-Ström, heimlich der drittgrößte Fluss Europas, ist nach seiner geographischen Lage der natürliche Verbindungsweg zwischen dem fruchtbaren Gebiet der schwarzen Erde und dem polnischen und deutschen Schiffahrtsnetz. Die besondere Bedeutung des Dnjepr liegt darin, daß er durch zwei der fruchtbarsten Länder

Olumuffin!

Wo sind denn Untertassen?

Europas fließt die Sowjeturaine. In seinem Unterlauf ist der Fluß durch Stromschnellen unterbrochen, eine in europäischem Rufstand einmalige Erscheinung. In einer Abschnung von 65 Kilometer betreiben die sogenannten „Perogon“, die eine Schiffahrt in diesem Abschnitt nicht zulassen. Im Zusammenhang nun mit einer Neuzugriffung der Berg- und Hüttenindustrie wird von diesem Perogon-Abschnitt aus die Sowjetregierung gewaltige Wasserkräfte erschöpfen lassen. Das Gefälle von 38 Meter soll restlos ausgenutzt werden. Ferner sind 8, 11 Staustufen von 5,9 Meter und 7,2 Meter vorgesehen. Das Wasserkraftwerk bei Kitzdka ist für eine Wassermenge von etwa 1500 Kubikmeter-Sek. und einem Gefälle von 73 Meter berechnet. Die Gesamtleistung des Werkes, die die ganze mineralische und verarbeitende Industrie antreiben soll, wird 650.000 Wasserkraft-Pferdestärken, die Generatorleistung 4.500.000 Kilowatt betragen. Die Stromabgabe in einem mittleren Jahre ergibt sich bei Vollausbau des Werkes zu etwa zwei Milliarden Kilowattstunden und soll durch Wärmeabgabe auf 2,7 Milliarden Kilowattstunden erhöht werden.

Gleichzeitig mit dem Ausbau des Kraftwerkes soll die Schiffbarmachung des Dnjepr durchgeführt werden. Durch Kanalisierung und Regulierung wird der Strom in seiner ganzen Länge schiffbar, bei gleichzeitigem Ausbau der Flußtäler und der wichtigen Häfen Cherson und Alexandrowka. Der erste soll als tiefer Seehafen ausgebildet werden, der zweite eine solche Tiefe erhalten, daß er für Küstenschiffe zugänglich ist.

Ein großer Nutzen wird sich mit dieser Neugestaltung des Flußunterlaufes für die Landwirtschaft ergeben. Die

Sjewer-Niederung kann in einer Ausdehnung von 150.000 Hektar melioriert werden. Ferner ist ein Bewässerungskanal vorgesehen, der etwa 750.000 Hektar vorzügliches Kulturland auf dem linken Ufer beherrschen wird.

Die Kosten dieses gewaltigen Bauprogramms, das in drei Bauabschnitten durchgeführt wird, sind nach Vorkriegspreisen auf etwa 370 Millionen veranschlagt.

Arbeitersport

Arbeiter Athleten-Bund 1. Bezirk

Am 9. August hielt der 1. Bezirk Breslau die stätige Bezirksführung ab. Die der Bezirksführung vorausgegangene Übungsstunde unter Leitung des Sportskollegen Mende, war zufriedenstellend, da sämtliche Vereine mit ihren technischen Leitern vertreten waren.

Nach Beschluß der Sitzung und nach Regelung der Angelegenheit ist das Stützverbot über die Vereine Siern, Breslau, und Germania, Deutsch-Wilfa ab 7. August aufgehoben.

Der Sportskollege Paul Bergalla ist ab 7. August vom Bezirk, Kreis und Bund ausgeschlossen, dies den Vereinen zur Kenntnis.

FSB I - Wader I 3:2

In einem Rückspiel spielten am vorletzten Sonntag im Sichenbad FSB I - Wader I und konnte das Rückspiel mit 3:2, Halbszeit: 1. Seten 12:3 gewinnen. Bei Platzwahl hat Wader das Glück, die Sonne als Bundesgenossen zu erhalten. Das Spiel wird unheimlich schnell. Hin und her wogt der Kampf. Links außen FSB, dreht durch und drei Meter vor dem Tore stehend, jagt er den Ball auf der Torlinie entlang, alles Tor erwartend. Man sieht beiden Mannschaften den Siegeswillen an, denn in rasendem Tempo geht es umwechselnd von einem Tor zum anderen. Der Bann bricht, als in schönem Durchspiel Wader das erste Tor erzielt. Der Anstoß wird abgefangen, Gede für Wader. Erfolglos. FSB legt sich mit Macht ins Zeug und nach schöner Kombination fällt für FSB das erste Tor. Halbszeit. Der Anstoß wird abgefangen und Mittelfürmer FSB geht durch, doch der Tormann Wader nimmt mit Energie dem Stürmer den Ball vom Fuße. Eine schöne Stellung. Nach acht Minuten Spielzeit geht Links außen FSB durch und mit scharfem Schuß geht der Ball unhalbar ins Tor. Nach drei Minuten Spielzeit muß der Tormann das drittemal den Ball aus dem Kasten holen. Jetzt rafft sich Wader auf und versucht aufzuköpfen, doch nur ein Tor gelingt ihnen. FSB drückt, doch alles wird von dem guten Tormann Waders zur Gede geleitet. Nach eine Gede für Wader und so trennt der Schiedsrichter den vor etwa 2000 Zuschauern geführten Kampf mit obigem Resultat. Schiedsrichter Orzemesle war gut, doch bei dem schnellen Spiele übersehbar er einige Handspiele.

Am Vormittag spielte die II. Mannschaft von FSB gegen II von 1924 und verlor das Spiel mit 5:1. Halbszeit 2:0. Gede 8:4.

Verantwortlich für den gesamten Text: Richard Schulz, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. Verlag: Schließische Verlagsgesellschaft, O. m. b. B., Breslau. Druck: Weipag-Berlin, Druckereifabrik Breslau.

Schauspielhaus

Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Gesamt-Gastspiel des Wiener Ronacher-Theaters

Täglich 8 Uhr:

„Der Die Das!“

Große Ausstattungs-Revue in 21 Bildern.

Soeben erschienen:

H. Erde: Die kapitalistischen Räuber und die Zollvorlage

Wichtiges Material für alle Kommunisten im Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem. Kein Funktionär ohne diese wichtige Broschüre.

Preis nur 20 Pf.

Zu beziehen durch alle Literaturzentrale der Partei oder direkt durch

Proletarische Literatur-Vertriebsstelle Schlesien
Max Zschöcher
Breslau 19
Treibritter Gasse 50

Billige Möbel

Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Schränke
Bettstellen
Tische
Stühle
Sofa
Chaiselongue

Joh. Botta

Möbel-Versandhaus
Bismarckstr. 20
Zweig-Geschäft
Adalbertstr. 16
Zahlungserleichterung

Auch Sie

beden sorglos bei geringer Abzahlung Ihren Bedarf an Anzügen, Herren- u. Damen- Wäsche, Schuhen, Gardinen usw.

bei der altbekannten Firma
A. Flasche & Co.
Clausewitzstrasse 13, II.
Geschäftszeit von 8-12 u. 3-6 Uhr

R. Königsberger

Nachfolger
Landeshut i. Schlei.

Heinrich Sindermann

Altwasser
Weiß-, Woll- u. Schnittwaren

Einmaliges Angebot!

Holländischer Rauchtobak

Kanaster
100 g-Paket 0,20 Mk.
250 g-Paket 0,50 Mk.

Verkauf nur solange Vorrat
Leopold Siedner, Antonienstraße 8

Junges Mädchen

Schneiderei
in 12 bis 1 Jahr erfahren mit mehrjähr. Tätigkeit bei Kautzig, Malbertstr. 56.

Möbliertes Zimmer

sofort gesucht
Offerten an
Artur Müller
Breslau 10
Treibritter Straße 50

Diese Woche Massenverkauf von Leinen- und Baumwollwaren zu extra billigen Ausnahmepreisen



Biochemie
Dr. med. habil. Naturheilverfahren
Haut- u. Geschlechtskrankheiten, gynäk. Pflanzensäfte, Kuren
R. Reffelbach, Teichstr. 12, Tel. Ohle 8164
Sperrstunden 9-12 u. 3-6, Sonntags 10-12

CENTRALBAD

an der Reuschestraße zwischen Blücher- u. Königsplatz
Dampf-, Dampfbäder, Elektr., Medizinal-, Wannenbäder I. u. 2. Kl.
Vollbäder mit Massage Mk. 1,50
Elektr. Lichtbäder mit Massage 2,00
Kiefernadelbäder 1,25
Andere Bäderpreise entsprechend
Annahme sämtlicher Kassenmitglieder

Leser!

die den letzten abgedruckten Roman
„Ein Arbeitermädels“
von Otto Müller Glösa
in Buchform besitzen möchten, wollen sich per Postkarte an den unterzeichneten Verlag wenden.
Wer den Roman bis 31. Aug. bestellt, erhält ihn zum Vorzugspreis von 2 Mark nach Fertigstellung der Buchausgabe etwa Ende September.

KALMEUSER VERLAG RAUNHEIM/MAIN

Robert Hofmeister

Jauer-Neumarkt
Vorteilhafte Bezugsquelle für
Fahrräder / Nähmaschinen / Motorräder

Rasiermesser, Scheren

Schneidemaschinen
Scheren aller Art
Sobhleiferei Sonnenstr. 36

Lokales

Otterfenster

Schlüssel Nerven,
— zu meiner Tür? —
Klirren vorbei
und herfallen im Gang,
immer daselbe,
Es rinnen die Stunden,
es rinnen die Tage
immer das Otterfenster.

Fünf starke Stäbe,
gemauert in Stein
dahinter ein Fensterrahmen
vom blauen Himmel,
Fünf zu drei Stäbe,
dahinter die Welt
und das toterbe Leben.

Fünf starke Stäbe,
dahinter die Freiheit,
Wir haben gelobt
gerichtet, gelächelt,
Loben half nichts,
jedes ist still,
muß nur warten,
jahrelang warten,
und in der Stille
klirren die Schlüssel,
klirren vorbei,
herfallen im Gang.

Die „Gorge“ für das kommende Geschlecht

Dr. Max Girsch, der Herausgeber des Archivs für Frauenkunde, hat eingehende Untersuchungen angestellt über die Gefährdung von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett durch die Erwerbsarbeit der Frau. In einem Vortrag, in dem er besonders die Lage der Textilarbeiterinnen berückichtigte, ist er ein erschütterndes Material. Die Textilarbeit ist aus dem Grunde für die Unterklasse gewählt worden, weil bei ihr keine gewerblichen Gifte eine Rolle spielen, und dementsprechend die Lage in dieser Industrie noch etwas günstiger ist als bei vielen anderen. Außerdem sind gerade in dieser Industrie mehr als eine halbe Million Frauen beschäftigt. Davon etwa 200 000 Verheiratete. Die Wirkung der Textilarbeit auf die Schwangerschaft zeigt sich in der Weise, daß die Zahl der Fehlgeburten bei den an Spinnmaschinen tätigen Arbeiterinnen sechsmal (!), bei den an Webstühlen tätigen sechsmal so groß ist, als bei denjenigen Arbeiterinnen, die nicht im Betriebe mehr tätig sind. Bei bisher 1110 Frauen und Mädchen kam nur in 30 Prozent von einem ganz normalen Verlauf der Geburten gesprochen werden.

Abgesehen von der direkten Erwerbsarbeit während der Schwangerschaft liegt auch eine der Ursachen für diese schweren Schäden in der großen Anzahl der in den Textilbetrieben festgestellten engen Breden. Diese wiederum beruht auf der hohen Beteiligung der Jugendlichen an der Arbeit. 67 Prozent der Arbeiterinnen in den Textilbetrieben gehört der Altersklasse von 14—20 Jahren an, also demjenigen Lebensalter, in welchem die geschlechtliche Reifung des Organismus, insbesondere die Verdünnung des Bodens, vor sich geht. Die ausgedehnte Arbeitszeit unter besonderem Antriebsystem gerade in diesem Lebensalter trägt also ebenfalls zu schweren körperlichen Schädigungen bei.

Es ist verdienstvoll, wenn sogar bürgerliche Wissenschaftler rücksichtslos die schwere, unerschämte Ausbeutung der Arbeiterinnen so offen aufdecken. Eingehendere und umfangreichere Untersuchungen über diese Fragen sind in Sowjetrußland angestellt worden. Beide Untersuchungen haben indes ganz verschiedene Folgen gezeitigt. In Deutschland nimmt das Bürgertum deren Ergebnisse, wenn es hoch kommt, mit einem mitleidigen Aufsehn zu Kenntnis und geht darüber zur Tagesordnung über. Die Sorge um das kommende Geschlecht? Keine Rede! Profite, das ist die Parole! Wo soll der Schornstein rauchen? Anders in Rußland. Dort hat das erschütternde Ergebnis der Untersuchung zu großzügigen Reformen geführt. Die Fabrikarbeit jugendlicher Arbeiterinnen ist weitgehend eingeschränkt worden und der Schwangerschutz wurde ebenfalls, wie sonst nirgends auf der Welt, ausgebaut. Drei Monate vor der Geburt und sechs Wochen nach der Geburt ist die Mutter unter Fortzahlung des vollen Gehalts von jeder Erwerbsarbeit befreit.

Die deutschen Gewerkschaften setzen für soziale Untersuchungen Ausschüsse ein und haben eine umfangreiche theoretische Literatur geschaffen. Wir glauben, es wäre besser, wenn sie statt dessen sich ein wenig in der Welt umsehen würden. Die Entsendung einer Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland, die dem Gewerkschaftskongress vorgeschlagen ist, dürfte den I.D.G.B. allen Zweifel haben, was er zu tun hat, um die deutschen Arbeiterinnen in Zukunft vor den schweren Schädigungen zu bewahren.

Ein unverschämter Hausbesitzer

Die Herren Hausagrarer glauben, daß auch für sie die Zeit gekommen ist, das Beispiel der Landwirte nachzuahmen und sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung noch mehr den Taschen zu füllen als bisher.

Der Hausbesitzer Hoffmann versendet an die Mieter des Grundstückes Wödenstraße 38 folgendes Schreiben:

Breslau, den 14. August 25.

Am 1. 9. werden von allen Mietern die festgesetzten Mieten einschließlich der Zuschläge und einschließlich der Prozente für Abzug von Schönheitsreparaturen eingezogen.

Die zurückzahlenden Beträge für Schönheitsreparaturen werden in diesem Monat zu Pflichtenreparaturen herangezogen.

Jeder Mieter war verpflichtet, seine Wohnung am 24. Mai in ordnungsmäßigem Zustand zu übergeben.

Die Prozente der Schönheitsreparaturen von 4 Prozent werden zurückgelegt bis der Betrag die Kosten erreicht. Danach hat der Hausbesitzer die Schönheitsreparaturen zu übernehmen. Eine weitere Erläuterung kommt nicht mehr in Frage.

Eine höhere Unverschämtheit ist wohl kaum denkbar. Der Hausbesitzer verlangt die volle Miete und will die Schönheitsreparaturen erst dann übernehmen, wenn die angeblich vom Mieter erfolgten Reparaturen erledigt sind. Was für Schönheitsreparaturen sind eigentlich natürlich der Hausbesitzer. Die einzig richtige Antwort auf die Unverschämtheit des Hausbesitzers wäre die, daß die proletarischen Mieter dem Hausbesitzer zunächst einmal 4 Wochen auf die Miete warten lassen, bis er darüber belehrt ist, daß die Mieter es ablehnen, sich von ihm solche unverschämte, ungesetliche Bedingungen aufzwingen zu lassen.

Neue große Heldentat des Reichsbanners

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Stenabend wollte ein Genosse das Verfassungstheater in der Börde mit ansehen. Er wurde von Reichsbannern erkannt und nun gab es Theater im Theater. Der Genosse in seiner Unschuld legt sich, Reichsbanner erkennen ihn. Bestürzung, schreckensvolle Gesichter. Wird er die Versammlung (ein einziger Gegner gegen 500 Weimarer!) sprengen? Plant er ein Bombenattentat? Nichts davon. Der Genosse zieht seinen Bleistift. Hat er vielleicht einen noch schrecklicheren Anschlag im Sinn? Schloßabzissen etwa? Einige beherzte Reichsbanner stürzten auf den Genossen. Er flüstert ihnen das Wort Demokratie ins Ohr. Sie weichen. Beratung. Der drohenden Gefahr wegen wird die Demokratie außer Kurs gesetzt. Der Genosse verläßt den Saal, tief beeindruckt von wahrhaft demokratischer Geltung. — Gloria, Viktoria, wir raten dem Reichsbanner einen neuen Bannertag anlässlich dieses imponenten Sieges einzurichten. Frei Heil!

Sie will mit der Arbeiterzeitung nichts zu tun haben

Es gibt immer noch eine Anzahl Geschäftsleute in Breslau die kommunistische Arbeiter und Arbeiterinnen sehr gerne als Kunden haben, aber es strifte absehen, bei der Inseratenvergebung das kommunistische Blatt zu berücksichtigen.

Die Firma Fuchs, Strumpfwaren, Schwednitzer Straße erstärkte unseren Inseratenverbund kürz und besch, daß sie mit der „Arbeiterzeitung“ nichts zu tun haben wolle; diese käme bei der Inseratenvergebung nicht in Betracht. Wir empfehlen daher unseren Genossen und Genossinnen ihren Bedarf an Strümpfen nicht bei der Firma Fuchs, sondern bei denjenigen Firmen zu decken, die ständig im Führer inserieren. Auch bei allen anderen Einkäufen müssen alle Genossen, die es mit der Unterstützung der „Arbeiterzeitung“ ernst meinen, immer wieder den Führer zur Hand nehmen und sich auf diesen beziehen.

Wachtung! Erwerbslose!

Am Mittwoch, den 18. August, vormittags 9 Uhr, in den Zentralballsaal öffentliche Erwerbslosenversammlung. Thema: Die Lage der Erwerbslosen. Neuwahl des Erwerbslosenrates. Die Vertreter der Breslauer Presse sind eingeladen.

Feuertest auf der Stadtbahn

Von allen Vorkäufen leuchten die Kataste der Gebrüder Pinto, die für den 22. August auf der Stadtbahn ein einmaliges sensationelles Riesenspektakel ankündigen. Der Name Prometheus-Fest, der hier allerdings das erste mal vorkommt, wurde gewählt, da Prometheus nach griechischer Sage den Menschen das Feuer gebracht hat, indem er dem Vater Zeus Mißgehalt. Die Gebrüder Pinto bringen auch das Feuer, jedoch in Form von bunten Raketenbündeln und Riesenfronten. Die aufsehenerregenden Erfolge, die die Neobolitaneer Pinto in Städten wie Berlin, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Düsseldorf und zuletzt in Magdeburg aufzuweisen haben, sind ein Beweis dafür, daß ihre Vorführungen mit einem gewöhnlichen Feuertest nicht zu vergleichen sind. Die Gebrüder Pinto werden den den Breslauern zum ersten Male zeigen, was ein wirklicher Feuertest ist. Die Gebrüder Pinto werden mit dieser Veranstaltung den Beweis dafür erbringen, daß der Ruf der Neobolitaneer, erkrankliche Protoplasten zu sein, und mit dieser Kunst mit der jahrausendalten Kunst Chinas zu rivalisieren, auch heute noch völlig zu Recht besteht.

Warnung!

Das Polizeipräsidium teilt mit: Einer betrügerischen Frauensperson, die sich als Ermittlerin ausgegeben und auf der Weinstraße Nachfrage nach Sozialrentnern gehalten hat, ist das Wochenschriftchen auf die Spur gekommen. Der Weinstraße 11 wohnende Sozialrentnerin W. hat sie die erfreuliche, aber unwahre Mitteilung gemacht, daß sie vom nächsten Monat an eine bedeutende Erhöhung ihrer städtischen Unterstützung, sowie eine Anweisung über 5 Zentner Kohle erhalten werde. Nach dieser schwindelhaften Mitteilung hat sie die hochbetagte Rentnerin gebeten, ihr zehn Mark zu wechseln, da sie Kleingeld für die Stadtbahn benötige. Da diese über soviel Barmittel nicht verfügte, sondern nur über einen Betrag von fünf Mark, so wechselte sich die falsche Ermittlerin trotzdem ihre angeblichen zehn Mark ein mit dem Bemerkung, daß sie den überschüssigen Betrag von 5 M. ihr als Geschenk überlasse. Als die alte Rentnerin nach Verlassen der angeblichen Ermittlerin sich das Wertpapier näher betrachtete, mußte sie zum Schreck bemerken, daß sie einer Betrügerin zum Opfer gefallen war, denn die Banknote über zehn Mark war eine längst verfallene vom 6. Februar 1920. Die Betrügerin wird als 23—25 jährige Person bezeichnet, die ein blaueblumtes Musselkleid, einfachen Hut und Alltagschuh trägt. Dieser Vorfall legt erneut allen Personen, die Verpflichtung auf sich von Ermittlern, die sich als solche bezeichnen, ihnen aber nicht bekannt sind, stets die amtliche Ausweiskarte vorlegen zu lassen.

Aus der Provinz

Der Bergin-Brennstoff

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß auf der Benzgelausgrube in Mülle der Bau einer Anlage zur Gewinnung des sogenannten Berginbrennstoffes geplant sei. Zu der ausgearbeiteten Frage schreibt die „Tägliche Rundschau“ folgendes:

Der ganze Artikel in der Nummer 188 des „Waldburger Neuen Tageblattes“ unter dem 13. August mit Überschrift „Bergin-Brennstoff“ behandelt ein Wirtschaftsprüfungsbüro.

Die Kommunisten begrüßen jeden Fortschritt auf dem Gebiet der Technik. Dadurch wird es nach Erörterung der politischen Lage der Provinz, die sich als ein großes Feld für die Arbeiterbewegung darstellt, zu einer weiteren Vertiefung der Arbeit kommen.

Im kapitalistischen System bleiben freilich alle Arbeiter den Wirbeln der bestehenden Klasse und haben sehr oft zu neuen Kombinationen im nationalen und internationalen Kampf.

Dieses gibt der bürgerliche Kritikschreiber Müll — allerdings ohne daß es ihm zum Bewußtsein kommt — zu, indem er von den Einwirkungen auf den internationalen Weltmarkt schreibt und von der Gründung von verschiedenen kapitalistischen Verbänden spricht.

Was in dem Artikel den Protest aller Bergarbeiter von Waldenburg hervorzuheben muß ist die Behauptung, als wären im niederschlesischen Kohlenrevier Beschäftigungsmangel und Lohnmangel, die laut Meldung des Kritikschreibers durch die Einführung der Kohlenabgabe nicht beseitigt, so daß gelindert werden kann.

Gerade das Gegenteil ist in Niederschlesien der Fall. In den Waldenburger Gruben besteht Mangel an Arbeit, weil infolge der Hungerlöhne hier alles die Gruben bedeckt. Infolge derselben Hungerlöhne ist die Waldenburger Kohle konkurrenzfähig und wird auf abgesetz. Erst vor kurzem brachten wir eine Meldung aus der bürgerlichen Presse, die mit der Möglichkeit eines größeren Absatzes der Waldenburger Kohle rechnete, wenn es nur gelingen würde, die Grubenbeschäftigten zu vergrößern. Die vielen Kohlenbeschäftigten und die Einlegung von Widerständen am Sonnabend bewiesen die falsche Tatsache.

Betriebsräte!

Sorgt dafür, daß eure Belegschaften korporativ der „Roten-Hilfe“ beitreten
Bezirksvorstand „Rote-Hilfe“
Breslau, Rathaus 7.

Friedland. Der Erster. Der zweite Hauptgewinn der Jugendherbergslotterie fiel dem Fräulein Ursorge von hier zu. Der Gewinn besteht aus einer Wohnungseinrichtung in einem Werte von rund 2000 Mark.

Gottesberg. Ein Kind überfahren. Auf der still abfallenden Schützenstraße überfuhr ein Radfahrer das Kind des Rehenden Balkan. Da der Radfahrer nicht hielt, ist sein Name unbekannt geblieben. Auch ist nicht festzustellen, ob ihn irgendeine Schuld trifft. Das Kind wurde an der Stirn, Nase und Armen verletzt und mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Charlottenbrunn. Wie die Arbeiter verhöhnt werden. Am 13. d. Mts. fand eine öffentliche Gemeindevorstellung statt. Punkt 1: Bewilligung von Mitteln für Teilnahme an Kurkurs für orthopädisches Turnen. Hierzu referierte Dr. Meßner (Zentrum), und stellte fest, daß viele Arbeiterkinder Rückenverkrümmungen haben. Dieses Uebel ist nicht nur durch Turnen zu beseitigen, sondern die Ursache liegt tiefer. Die größte Schuld liegt daran, daß die Arbeiter im Waldenburger Revier zu schlecht entlohnt werden. Auch die Arbeiterfrauen haben zu wenig Kenntnis von dem Nährwert des Gemüses. Er regte noch an, daß noch ein Kochkurs hier eingeführt werden möchte. Das frühzeitige Arbeiten der Kinder in den Fabriken und zu Hause unterzog er einer scharfen Kritik. Dieser Genosse erklärte vorweg, daß wir die Mittel bewilligen werden, obwohl wir wissen, daß man das Uebel nur an der Wurzel und nicht am Kopfe anpacken muß. In kernigen Worten lagte er die herrschende Klasse wegen der elenden Verhältnisse, die wir im Waldenburger Revier und in ganz Deutschland haben, an, und wies auf die Untherregierung und die Wucherzölle hin. Alle Anträge, die er bis jetzt eingebracht hat, um das Los der Arbeitern zu verbessern, sind von den Bürgerlichen, einschließl. der SPD, abgelehnt worden. Er wird ihnen heute wieder Gelegenheit geben, um zu beweisen, ob sie es mit ihren Worten ernst meinen oder nicht. Die Mittel werden von der SPD und einigen Bürgerlichen abgelehnt.

Nun wurden noch einige Punkte erledigt. Unter Anträge und Anfragen brachten unsere Genossen zwei Anträge ein, einen über Vollamnestie und einen wegen der Forderung der 20 Millionen für Wohnungsbau in den beiden Kreisen. Als unser Genosse den ersten Antrag begründete, fiel es dem Herrn Vorsitzenden ein, daß er erst abstimmen lassen muß, ob die Dringlichkeit anerkannt wird. Bisher war es gang und gäbe, daß jeder Antrag, ob derselbe vor, während oder nach der Tagesordnung eingebracht wurde, zur Beratung kam. Bei der Abstimmung stimmte die SPD, gelassen mit den Bürgerlichen gegen die Anträge.

Arbeiter Charlottenbrunn, hieraus kommt Ihr ersuchen, wie man Euch verhöhnt. Erst wird Guerd und Guerd Kinder und Kinder gequält und behauert, dann werden eure gerechten Forderungen mit Füßen getreten (so heilige Demokratie). Nun erhebt sich, wer die Interessen der Beschäftigten vertritt, ob Bürgerliche, SPD, oder KPD. Wie es in den Gemeindevorparlamenten getrieben wird, so ist es auch in den Land- und Reichsparlamenten, aber in noch größerem Maßstabe. Ueberall löse Medienfütterung der Arbeiter mit Hilfe der SPD.

In der vorletzten Sitzung stellte unser Genosse den Antrag, den Schulkindern bei Ausflügen den Fahrpreis aus der Schul- oder Gemeindevorparlamenten zu zahlen, auch diesen Antrag stimmte die SPD, mit den Bürgerlichen nieder. Als unser Genosse die SPD, Mann darüber zur Rede stellte, gab er kurz zur Antwort, es hätte ja doch keinen Zweck gehabt, wir wären sowieso mit dem Antrag nicht durchgekommen.

Arbeiter, wacht auf aus Euren Schlafen und schließt Euch der Fahne der KPD an, nur diese zeigt Euch den Weg, der zu eurer Befreiung und zu einem besseren Dasein führt.

Der heutigen Ausgabe ist der „Rote Stern“ Nr. 14 beigegeben.

Parteiveranstaltungen

Marktsche. Mittwoch, 20. 8., abends 8 Uhr Mitgleiderversammlung der KPD im Hauptsaal, Scharnhorststr. Es spricht die Genossin Döhl.

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. — Dienstag, 18. 8., abends 7 30 Uhr Probe im „Roten Stern“.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau. — Mittwoch, 19. 8., abends 7 30 Uhr Mitgleiderversammlung der KPD im Hauptsaal, Scharnhorststr. Thema: Reichsbanner oder Vier Frontkämpferbund?

